

caus 17.000 Staatsbediensteten - die Arbeit auf. Ihre erste Aufgabe wird die Aufstellung des Budgets für das kommende Jahr sein. An dem Tag öffnete auch das Portugiesische Generalkonsulat seine Tore.

In den nächsten Jahrzehnten wird die SVRM den Status eines Freihafens und unabhängigen Zollgebiets mit freiem Kapitalfluß, eigenem Finanzwesen sowie der Macau Pataca als gesetzlicher und frei konvertierbarer Währung behalten. Sie braucht auch keine Steuereinnahmen an die chinesische Regierung abzuführen. Unter der Bezeichnung „Macau, China“ kann die SVRM selbständig wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu anderen Ländern, Regionen und internationalen Organisationen unterhalten und dementsprechende Verträge abschließen. Ferner kann die Regierung der SVRM auch selbständig Reisedokumente ausstellen.

Bis zum Jahr 2010 werden Portugals Banco Nacional Ultramarino und die Bank of China die Währung Pataca gemeinsam emittieren. Auch mehrere andere Banken bleiben im Land, während sich fast alle portugiesischen Bauunternehmen aus dem Territorium zurückziehen. Die Portugal Telecom und der Stromriese EDP halten auch weiterhin Beteiligungen an ihren Pendants in Macau, und Portugals Flughafen-Betreiber ANA bleibt Großaktionär beim internationalen Flughafen. (HB, 16.12.99) -ljk-

38 Miscellanea

Taiwan hat den Namen seiner Vertretung in Macau geändert. Dies gab der Vorsitzende des Mainland Affairs Council Su Chi (Su Qi) am 28. Dezember bekannt. Das frühere Taipei Trade and Tourism Office in Macau wurde in Taipei Economic and Cultural Centre, Macau umbenannt. Die Umbenennung, so Su Chi, habe das Büro zu einem Visaausstellungszentrum aufgewertet. Taipeis Vertreter in Macau bleibt William Li, der nach Taipei zurückbeordert worden war und eine Rüge erhalten hatte, weil er das Büroschild - angeblich auf Verlangen der neuen Regierung in Macau - zum Zeitpunkt der Übergabe entfernt hatte. (Taiwan Central News Agency, 28.12.99, in SWB, 30.12.99)

Macaus provisorische Stadträte wurden gebildet. Am 17. Dezember ernannte Edmund Ho alle 22 Mitglieder dieser beiden Organe, 13 für das Provisorische Städtische Organ (PSO) Macaus und neun für das PSO der Inseln. Jose Luis de Sales Marques, Präsident des bisherigen Städtischen Rats von Macau, wurde zum Präsidenten des Exekutivkomitees des PSO Macaus und Joaquim Ribeiro Madeira de Carvalho, Präsident des bisherigen Städtischen Rats der Inseln, wurde zum Präsidenten des Exekutivkomitees des PSO der Inseln ernannt. (XNA, 18.12.99)

Auf der 13. Tagung des Ständigen Ausschusses des IX. NVK am 20. Dezember ernannte sein Vorsitzender Li Peng die zehn Mitglieder des Grundgesetzkomitees, fünf vom Festland und fünf aus Macau. Nach dem vom VIII. NVK am 31. März 1993 angenommenen Beschluß sollte das Komitee gegründet werden, wenn das Grundgesetz der SVRM am 20. Dezember in Kraft trete. (XNA, 21.12.99) -ljk-

Taiwan

39 Präsidentschaftskandidat Soong in Affäre um mysteriöse Finanztransaktionen verwickelt

Der Wahlkampf im Vorfeld der für den 18. März 2000 angesetzten Präsidentschaftswahlen nahm im Dezember eine überraschende Wendung, als ein Fraktionsmitglied der Nationalen Volkspartei KMT enthüllte, daß Präsidentschaftskandidat James Soong (Song Chuyu) Gelder im Umfang von über 100 Mio. NT-\$ in den frühen neunziger Jahren auf Konten seines Sohnes und seiner Schwiegertochter transferierte. Soong war damals Generalsekretär der KMT und erreichte den Gipfel seiner Macht, als er 1993 in allgemeinen Wahlen zum Gouverneur der Provinz Taiwan gewählt wurde. Als Präsident Li Teng-hui (Li Denghui) diese Verwaltungsebene später abschaffte und Soongs Posten entfiel, wurden beide zu Kontrahenten und Soong zur Symbolfigur einer innerparteilichen Opposition. Im November war

Soong schließlich aus der KMT ausgeschlossen worden, nachdem er beschlossen hatte, als Unabhängiger gegen den KMT-Repräsentanten Lien Chan (Lian Zhan) für die Nachfolge Li Teng-huis zu kandidieren. (FT, 13. und 14.12.99; AWSJ, 13.12.99; SCMP, 21.12.99; vgl. auch C.a. 1999/11, Ü 41)

Bei Umfragen hatte Soong, der besonders bei einfachen Bürgern Popularität genießt und als „sauberer Politiker“ galt, zum Entsetzen der KMT noch im November deutlich vor seinen Konkurrenten gelegen. Nun wendete sich das Blatt: Statt zuvor bis zu 40% der Befragten erklärten nun nur noch 27%, sie würden Soong ihre Stimme geben. Soong selbst gab bei seinen Versuchen, Herkunft und Zweck der immensen Geldbeträge zu erklären, keine gute Figur ab: Während er zunächst davon gesprochen hatte, es handelte sich um das private Darlehen eines Freundes an seinen Sohn zum Zweck einer Geschäftsgründung, folgte ein paar Tage darauf eine andere Version, die besser in den Wahlkampf paßte und wie ein Paukenschlag wirkte: Präsident Li als KMT-Vorsitzender habe damals persönlich veranlaßt, die Mittel an ihn zu überweisen. Mit ihnen habe vor allem die Familie des verstorbenen früheren Präsidenten Chiang Ching-kuo (Jiang Jinguo) unterstützt werden sollen; ein weiterer Teil des Betrages sei für verschiedene KMT-Zwecke vorgesehen gewesen. Er habe die Gelder an seine Schwiegertochter weitergeleitet, da diese im Kreditgewerbe tätig und mit der Verwaltung von Finanzen vertraut sei. Er habe nicht einen Pfennig davon veruntreut. (AWSJ, 13. und 15.12.99; FT, 15.12.99; SCMP, 18.12.99; Hong Kong AFP, nach FBIS, 29.12.99)

Wie zu erwarten, wies Li Teng-hui Soongs Erklärung sogleich empört zurück: Soong sei ein Lügner, seine Erklärungen seien voller Lücken und Absurditäten. (CNAT, nach FBIS, 15.12.99; AWSJ, 16.12.99; SCMP, 16.12.99)

Zu diesem Zeitpunkt, rund eine Woche nach der ersten Enthüllung, war bereits von 146 Mio. NT-\$ die Rede. Bis zum Monatsende stiegen die strittigen Beträge, die Soong an Verwandte weitergeleitet haben soll, weiter an und erreichten schließlich in der Summe über 1 Mrd. NT-\$, entsprechend 31

Mio. US\$, den Höhepunkt. (www.taiwanheadlines.com, 31.12.99) Auf welche Weise KMT-Mitglieder und das Finanzministerium, das eine Untersuchung vornahm, Kenntnis von Überweisungen auf Konten erhielten, die Soongs Sohn bzw. Schwiegertochter gehören, blieb dabei unklar. Soong kündigte an, er werde gegebenenfalls Klage wegen Verletzung des Bankheimnisses erheben. (SCMP, 23.12.99) Die KMT konterte, sie erwäge, Soong wegen Veruntreuung von Parteigeldern vor Gericht zu bringen. (CNAT, nach FBIS, 29.12.99)

Am Monatsende stellte sich heraus, daß ein Teil der Mittel offenbar für Soongs Wahlkampf bestimmt gewesen war. Soong selbst gab zu, es sei ein Fehler gewesen, solch große Geldmengen auf die Privatkonten von Familienmitgliedern zu überweisen. Eine von ihm mit der Untersuchung der Affäre beauftragte Parlamentarierin, die der kleinen New Party angehört, erkannte schließlich: Soong habe keine Mittel veruntreut. Auch die Vorwürfe der Geldwäsche, der Urkundenfälschung und der Steuerhinterziehung seien fälschlich erhoben worden. Allerdings habe Soong gegen Vorschriften verstößen, nach denen Regierungsmitglieder ihr Vermögen und ihre Wahlkampffinanzierung offenzulegen hätten. (Hong Kong AFP, nach FBIS, 28.12.99; CNAT, nach FBIS, 31.12.99)

Die Affäre dürfte damit jedoch kaum abgeschlossen sein. Interessant daran ist, daß, wie immer sie sich weiterentwickelt, das Ansehen der bisher übermächtigen Regierungspartei KMT in der Öffentlichkeit ramponiert wird. Welche Rolle der einstige KMT-Generalsekretär Soong oder der KMT-Vorsitzende Li auch immer gespielt haben, enthüllt sich doch so oder so die Machtvollkommenheit, mit der die KMT-Spitze bislang agierte, ohne auf bestehende Gesetze sonderlich Rücksicht zu nehmen.

So sieht es auch ein Teil der Wählerschaft: Lien Chan konnte nach einer Gallup-Umfrage vom 29. 12. als KMT-Kandidat von dem Skandal nicht profitieren und stagnierte bei rund 10,4 bis 10,5% der Stimmen. Für Soong dagegen sprachen sich mit 21,7% der Befragten zwar erheblich weniger als früher, aber immer noch gut doppelt so viele wie für Lien aus. Vielen Wählern

erscheint die Soong-Affäre mit den verschobenen riesigen Geldbeträgen offenbar ebenso als eine KMT-Affäre. Chen Shui-bian, der Präsidentschaftskandidat der Oppositionspartei DPP, der bei Umfragen bisher an 2. oder 3. Stelle rangierte, war der lachende Dritte: Laut der Gallup-Umfrage würden ihn nunmehr 24,3% der Befragten wählen gegenüber 16,9% bei einer Umfrage am 29. September. Obwohl Chen nun erstmals die Spitzenposition belegt, ist der Ausgang der Wahl weiter ungewiß, da die Zahl der Unentschiedenen wieder deutlich zugelegt hat und jetzt 32% beträgt. Tatsächlich darf sich Lien Chan nach wie vor gute Chancen ausrechnen, die Wahl im März zu gewinnen: Daß ihm dies gelingen werde, erwarten 33% der Befragten. Demgegenüber rechnen nur noch 14,3% mit einem Wahlsieg Soongs. Chens Ziffer bei der Frage nach dem voraussichtlichen nächsten Präsidenten liegt mit 14,8% kaum höher. (www.taiwanheadlines.com, 31.12.99) -hws-

40 20. Jahrestag des Kaohsiung-Zwischenfalls: Macht die KMT ernst mit der Vergehenheitsbewältigung?

Im Dezember jährte sich zum 20. Mal der Kaohsiung-Zwischenfall. Damals, am 10. Dezember 1979, kamen in der südtaiwanischen Hafenstadt Kaohsiung (Gaohsiung) anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte 15.000 Menschen zu einer Demonstration zusammen, die zuvor von der Leitung der Oppositionszeitung *Meili-dao* angemeldet, von der Polizei aber nicht genehmigt worden war. Aus nie völlig geklärten Gründen kam es dabei zu massiven Auseinandersetzungen mit den massenhaft eingesetzten Sicherheitskräften. In der Folge wurden praktisch alle namhaften Oppositionellen inhaftiert und - oft von Militärgerichten - zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Zu den davon Betroffenen zählten unter anderem Lin I-hsiung (Lin Yixiong), der derzeitige Vorsitzende der Demokratischen Fortschrittspartei DPP, sowie Annette Lü (Lü Xiulan), die der DPP-Präsidentschaftskandidat Chen Shui-bian am 20. Jahrestag des Zwischenfalls als seine Mitbewerberin für den Posten des Vizepräsidenten vorstell-

te. Beide, Lin und Lü, waren damals mit 12 Jahre Haft abgestraft worden. (CNAT, nach FBIS, 9.12.99; SCMP, 11.12.99; vgl. C.a., 1979/12, Ü 67, sowie C.a., 1980/6, S.499-503)

Daß gerade die DPP heute wieder verstärkt an das damals geschehene Unrecht erinnert, ist um so verständlicher, als sich die KMT, die damals die Insel unter Kriegsrecht beherrschte, bislang mit der Aufarbeitung ihrer diktatorischen Vergangenheit schwer getan hat. Präsident Li Teng-hui allerdings, als einer der tatsächlichen Baumeister der von der Opposition geforderten Demokratisierung, drückte diesmal nicht nur sein Bedauern über die Opfer der damaligen politischen Repression aus, sondern enthüllte im Green-Island-Gefängnis auch eine Gedenktafel für die politischen Gefangenen, die dort in der Kriegsrechtsära zwischen 1949 und 1987 einsaßen. (CNAT, nach FBIS, 8.12.99; CNAT, nach SWB, 9.12.99; SCMP, 11.12.99)

Mit der Aufarbeitung von Unrechtsurteilen und ihrer Folgen wird Taiwan noch geraume Weile beschäftigt sein. Erst 1999 wurde eine staatliche Stiftung ins Leben gerufen, die unrechtmäßige Kriegsrechtsurteile untersuchen und Entschädigungszahlungen festsetzen soll. Über die ersten von 5.000 anhängigen Fällen wurde im Dezember verhandelt. (SCMP, 13.12.99) -hws-

41 Umstrittene Liberalisierung bei der Nutzung von Bauernland

Ein umstrittenes Wahlgeschenk an die Bauern führte Ende November zum Rücktritt des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrats Peng Zuokui, de facto Taiwans Landwirtschaftsminister. Den Hintergrund bildet eine von der Regierung geplante Liberalisierung der Landnutzung. Demnach soll es Bauern in Zukunft gestattet werden, landwirtschaftliche Anbaufläche umzunutzen, um darauf Wohnhäuser zu bauen.

Den Bauern als Hauptnutznießern der Liberalisierung geht die angekündigte Reform noch nicht weit genug. 10.000 von ihnen erschienen am 7.12. zu einer Demonstration in Taibei, um eine noch weiter gehende Lockerung existierender Nutzungsbeschrän-

kungen zu fordern. Vor allem in Südtaiwan, wo Darlehensgenossenschaften der Landwirte unter Liquiditätsproblemen leiden, hoffen die Beteiligten von einer umfassenden Liberalisierung der Landnutzung zu profitieren.

Demgegenüber warnten Minister Peng und Experten von der Academia Sinica vor den Folgen: Die Anbaufläche werde schrumpfen und damit auch Taiwans Nahrungsmittelproduktion zurückgehen, zudem würden die Abwässer der neuen Wohnhäuser die Felder belasten. Negativ zu bewerten sei auch die weitere Zersiedelung der Landschaft. Langfristig sei ein Preisverfall bei ausgewiesenem Bauland zu befürchten.

Für die KMT-Regierung dürften angesichts des schlechten Abschneidens ihres Präsidentschaftskandidaten Lien Chan bei den Wahlprognosen tatsächlich wahltaktische Überlegungen im Vordergrund stehen. Die Bauern machen immer noch fast 10% der erwerbstätigen Bevölkerung aus, auch wenn über vier Fünftel keine Vollzeitlandwirte mehr sind.

(CNAT, nach FBIS, 30.11.99, nach SWB, 8.12.99 und 9.12.99; SCMP, 2.12.99) -hws-

42 Schnellbahnprojekt: Eurotrain auf dem Abstellgleis

Die Taiwan High Speed Rail Corporation (THSRC), die mit privatem Kapital die dringend benötigte Hochgeschwindigkeitsbahn Taipei - Kaohsiung bauen will, hat Ende Dezember entschieden, die weiteren Verhandlungen nur noch mit dem japanischen Bewerber zu führen. Damit ist das europäische Konsortium um die deutsche Siemens AG und die französische Alstom einstweilen aus dem Rennen. Für die europäische Bahnindustrie bedeutet dies einen großen Rückschlag; allein der auf Siemens entfallende Auftragswert hätte bei 1,5 Mrd. Euro gelegen. Laut THSRC sprächen gleich mehrere Gründe dafür, die japanische Shinkansen-Gruppe zu bevorzugen. Dabei dürften günstigere Finanzierungskonditionen sowie die Erdbebenerprobtheit des japanischen Superexpresszugs im Vordergrund gestanden haben.

Ob THSRC das Projekt überhaupt

würde realisieren können, war noch Mitte 1999 sehr ungewiß, da die Finanzierung auf erhebliche Probleme stieß. Erst zusätzliche Staatsbürgschaften brachten im August die Wende. Daß die Verhandlungen mit dem japanischen Konsortium noch scheitern könnten, wird von niemandem ernstlich erwartet; im Gegenteil wurde bereits für Ende Januar ein Abschluß angekündigt. Die Inbetriebnahme der Neubaustrecke ist für 2005 vorgesehen. (HB, 29.12.99; FT, 29.12.99; IHT, 29.12.99; vgl. C.a. 1999/6, Ü 41) -hws-

43 Lien Chan fordert Langstreckenraketen zur Abschreckung, Verteidigungsminister kritisiert nach erneutem Flugzeugabsturz Zustände in der Luftwaffe

Nachdem die amerikanische Zeitung *Washington Times* Ende November enthüllte, daß die VR China an verschiedenen Stellen weitere Raketenstützpunkte einrichtet, von denen aus Taiwan unter Feuer genommen werden kann, verlangte Vizepräsident Lien Chan (Lian Zhan) eine Abkehr von der derzeitigen Verteidigungspolitik, der zufolge Taiwan sich auf die Abwehr eines eventuellen Angriffs beschränkt und seinerseits auf Angriffswaffen, die zu einem Vergeltungsschlag eingesetzt werden können, verzichtet. Taiwans Sicherheit erfordere vielmehr, daß die Inselrepublik Langstreckenraketen entwickle, um dem Festland im Falle eines Falles mit einem Gegenschlag drohen zu können. (FT, 9.12.99)

Für Liens Initiative ergab eine Umfrage breite Zustimmung in der Bevölkerung: 82% der Befragten fanden den Vorschlag richtig, nur 9,8% lehnten ihn ab. Im Hinblick auf die anstehende Präsidentschaftswahl war Lien als Kandidat der herrschenden Nationalen Volkspartei also offenbar ein guter Schachzug gelungen. (CNAT, nach FBIS, 12.12.99) Scharfe Kritik kam jedoch von Fachleuten: Ein solcher Schritt würde den Rüstungswettlauf zwischen beiden Seiten erneut verschärfen, Taiwans Unterstützung durch die USA gefährden und seine internationale politische Position schwächen. Außerdem müßten sol-

che Raketen das gesamte Festlandchina unter Feuer nehmen können, um glaubhaft zu sein. (FT, 9.12.99; CNAT, nach SWB, 11.12.99; SCMP, 13.12.99) Auch Chen Shui-bian als Präsidentschaftskandidat der oppositionellen DPP verwarf Liens Initiative und bezichtigte Lien, sich als Falke zu gebärden. (CNAT, nach SWB, 15.12.99)

Taiwans Verteidigungsminister Tang Fei plagten im Dezember jedoch andere Sorgen. Am 14.12. war erneut ein Mirage-Jäger abgestürzt, woraufhin die gesamte Mirageflotte zwecks umfassender Sicherheitsprüfungen ein Startverbot erhielt. Der Absturz war der fünfte bei der Luftwaffe in einem Jahr. Tang, der als Luftwaffenpilot selbst über reiche Flugpraxis verfügt, unterzog die Verhältnisse in der Luftwaffe daraufhin harscher Kritik: Piloten und Wartungspersonal glaubten immer wieder, sei seien clever genug, sich über bindende Vorschriften hinwegsetzen zu dürfen. Tatsächlich mangle es allen an Erfahrung. (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, nach SWB, 18.12.99) Zudem fehle es der Luftwaffe an Personal. Zu geringe Bezahlung und eine starke Arbeitsbelastung ließen Piloten immer wieder in die zivile Luftfahrt wechseln. Die Lage habe sich zusätzlich dadurch verschärft, daß die Luftwaffe beinahe gleichzeitig vier neue hochtechnische Flugzeugtypen in Betrieb genommen und sich damit überlastet habe. (CNAT, nach FBIS, 20.12.99)

Im Hintergrund steht ein Ungleichgewicht zwischen der zu geringen Zahl an Berufssoldaten und einer unnötig großen Menge Zeitsoldaten. Taiwan führt daher ein bis 2005 reichendes Programm zur Truppenreduzierung durch. Am Ende der derzeitigen Phase soll im Jahr 2001 eine Mannschaftsstärke von 400.000 erreicht werden. Ab 2005 sollen dann nur noch 350.000 Mann unter Waffen stehen. Die Reduzierung betrifft die Truppenteile jedoch nicht gleichmäßig, sondern wird in dem Punkt flexibel gehandhabt. Der Abbau geht zudem mit einer Reform der Organisationsstrukturen einher. Dabei wird die Führung des Militärs durch einen zivilen Minister angestrebt. (LHB, 28.12.99) -hws-